

Haushaltskrise als Chance

VON ANTJE HÖNING

So etwas kennt man aus den Vereinigten Staaten. Nun aber hat auch der Bundesfinanzminister einen Brandbrief schreiben lassen, mit dem er eine Haushaltssperre erlässt. Auch wenn es Christian Lindner selbst war, der die Trickerei beim Klimafonds zu verantworten hatte, die das Verfassungsgericht so scharf verurteilte: Das Schreiben jetzt ist richtig und notwendig. Die Koalition muss nicht nur sehen, wie sie die vielen Schecks bezahlt, die sie auf den Klimafonds ausgestellt hat. Als nächstes könnten weitere Fonds wackeln. In der Regierung prüft man, ob man für 2023 nicht einfach rückwirkend eine Notlage erklärt. Eine Notlage erlaubt es, mehr Schulden zu machen, ohne die Schuldenbremse zu verletzen. Dafür hätte man angesichts des Kriegs Gründe finden können – bei Aufstellung. Im Nachhinein eine Notlage zu erklären, wirkt konstruiert. Diese neue Trickerei dürften weder Opposition noch Verfassungsgericht der Ampel durchgehen lassen.

Der Ausgabenstopp ist aber auch eine Chance. Nun wird die Ampel gezwungen, ihre unsinnigen Projekte auf den Prüfstand zu stellen. Es wäre gut, wenn für die Verlängerung der Energiepreiskontrollen kein Geld mehr da wäre. Hier hat die Ampel mit der Gießkanne Wohltaten an Menschen verteilt, die sie nicht nötig hatten. Es wäre gut, wenn die übertriebene Hilfe für die energieintensive Industrie nicht käme, wenn umstrittene Subventionen und fragwürdige soziale Wohltaten angegangen würden.

Für die Ampelkoalition ist die Lage gleichwohl ernst. Lange hat sie Konflikte mit Geld überklebt – Geld, das es nun nicht mehr gibt. Ohne dieses Pflaster wird der Grundkonflikt zwischen liberaler Politik und grüner Staatsbeglückung in aller Härte wieder aufbrechen. Die Koalition steht in einer Zerreißprobe. Trotz Krieg, Corona- und Energiekrise hat sie gehalten. Nun bringt eigenes schlechtes Handwerk sie an die Grenzen.

Scharfer Blick auf Ditib

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Die Ermittler kamen am frühen Dienstagmorgen. Insgesamt wurden die Wohnungen von 15 Männern und zwei Frauen in Bayern durchsucht. Es war ein Einsatz gegen antisemitische Hetze in sozialen Netzwerken. Barbarische Hetze. Konkret geht es um das Verbreiten antisemitischer und jüdenfeindlicher Bilder in einem Whatsapp-Klassenchat und um jüdenfeindliche Aussagen in sozialen Netzwerken. Es sind Straftaten; das Vorgehen dagegen ist richtig und ein Signal der Sicherheitsbehörden: Wir verfolgen diese Postings.

Das alles kommt nicht von ungefähr. Der Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Erbas, hatte nach dem Hamas-Terrorangriff auf Israel in einer Freitagspredigt gesagt, Israel sei „ein rostiger Dolch im Herzen der islamischen Geografie“. In Deutschland blieb das vonseiten der großen Islamverbände weitgehend un widersprochen. Und damit nicht genug: Vergangene Woche trat der Leiter der Lebensmittel- und Arzneibehörde in Afghanistan, Abdul Bari Omar, vor Muslimen in der Ditib-Moschee in Köln-Chorweiler auf. Mittlerweile hat sich der Bundesvorstand des Islamverbandes Ditib von dem Besuch distanziert, allerdings mit Verweis auf deutsche Sicherheitsbehörden. Warum eigentlich? Omar war mit einem niederländischen Schengen-Visum leider ordnungsgemäß in Deutschland. Warum es dieses Visum gab, müssen die Niederlande klären. Aber es ist an Ditib, die Einladung, das Gedankengut, den Auftritt zu verhindern.

Ditib ist Ansprechpartner der deutschen Politik, auch zum Religionsunterricht an deutschen Schulen. Die Zusammenarbeit gehört zumindest auf den Prüfstand, wenn nicht insgesamt hinterfragt. Dabei geht es nicht um den muslimischen Glauben in Deutschland. Es geht um Extremismus in der Form, wie ihn diese Gesellschaft definiert. Und das ist eindeutig. In diesem Fall ist Toleranz fehl am Platz.

Black Friday Week: Auf Schnäppchenjagd!



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die Europäische Union schnürt ihr inzwischen zwölftes Sanktionspaket, um Russland zum Rückzug aus der Ukraine zu bewegen. Aber funktioniert die Strategie überhaupt? Eine Studie gibt überraschend klare Antworten.

Wirtschaftlicher Schmerz

VON GREGOR MAYNTZ

Mächtige Waffe oder hilfloses Manöver? So fragt der Hamburger Politikwissenschaftler und Sanktionenforscher Christian von Soest im Untertitel seiner druckfrischen Studie (215 Seiten, 24 Euro, Frankfurter Allgemeine-Buch). Er kommt zu dem Schluss, dass Sanktionen beides sein können. Als Beispiele für einen erfolgreichen Einsatz beschreibt er die Verhaltensänderungen in Südafrika, in Libyen und im Iran, als klassischen Fehlschlag das Agieren der USA vor ihrer eigenen Küste: Ihm leuchtet nicht ein, warum Washington die bereits seit 1960 bestehenden Sanktionen gegen Kuba immer noch aufrechterhält, obwohl sie „offensichtlich wirkungslos und schädlich“ seien.

Doch was ist mit den Russland-Sanktionen? Nach einer Prognose des Internationalen Währungsfonds könnte die russische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,2 Prozent wachsen, während die deutsche schrumpft. Die Welthandelsorganisation berichtet, dass Russland seinen Handel seit dem Angriff auf die Ukraine sogar steigern konnte, die Warenströme hätten sich von Europa vor allem nach China und Indien verlagert. Und selbst beim militärischen Nachschub sitzt Präsident Wladimir Putin dank Lieferungen unter anderem aus dem Iran und Nordkorea noch lange nicht auf dem Trockenen. Er schafft es durch Umstellung auf Kriegswirtschaft, neue Panzer und Geschosse immer schneller zu produzieren, während die EU an ihren eigenen Lieferzielen scheitert.

Allerdings hat nach den Forschungen von Soests die simple Gleichung „Unmittelbare Verhaltensänderungen wegen wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen“ selten funktioniert. Es müsse die Bandbreite verschiedener Funktionen

berücksichtigt werden. Denn neben der Absicht, eine Person oder einen Staat zum Umsteuern zu bringen, gehe es bei Sanktionen vor allem darum, den Spielraum für schädliches Verhalten einzuzengen und ein Signal zu setzen, das sich sowohl an die jeweilige Opposition und mögliche Nachahmer als auch an die eigene Bevölkerung richte.

Die generelle Bewertung der Sanktionen gegen Russland liest sich in der Studie überraschend klar: „Die Strafmaßnahmen treiben die Kosten für Moskaus wenig erfolgreichen Angriff enorm in die Höhe und hemmen die Kampfkraft Russlands.“ Zugleich reiht er Putin in die Galerie von Herrschern ein, die an ihren Zielen auch unter größtem Druck festhalten und selbst schwerste Schäden in Kauf nehmen. Wie viele andere Regime nutze Moskau die Sanktionen für Verfolgungserzählungen. Allerdings weist der Forscher anhand eigener Studien nach, dass eine alte Erkenntnis der Politikwissenschaft nur bedingt stimmt: Wenn autoritäre Regime mit Sanktionen belegt werden, nehme tatsächlich das Ausmaß der Repression gegen die eigene Bevölkerung zu. Aber nur kurzfristig. Langfristig wirkten sie „eher positiv“.

Das hat auch damit zu tun, dass die Menschen anhand der Sanktionen stets vor Augen haben, dass die Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstöße von außen wahrgenommen werden. Auch könne der Druck auf die in ihrem Luxus und in ihrer Bewegungsfreiheit getroffenen Eliten dazu führen, dass sie irgendwann den Autokraten fallenlassen. Allerdings sei eine Vorhersage schwer: „Wirtschaftlicher Schmerz ist kein Gradmesser für den politischen Erfolg“, hält von Soest fest.

Und er analysiert die vielen Umstände, die es Putin erleichtern, mit dem Druck fertig zu werden. Da ist zwar die beeindruckende Sanktionskulisse von 45 Staaten, die für die Hälfte der Welt-

INFO

Zu Beginn wurden zügig Pakete verabschiedet

Anfänge Das erste Sanktionspaket gab es bereits einen Tag vor Beginn des russischen Angriffskriegs – Handels- und Finanzbeschränkungen als Reaktion auf die Annexion ukrainischer Gebiete.

Weitere Pakete 2022 Das zweite folgte am Tag nach dem Angriff: Exportbeschränkungen für Raffinerie- und Flugzeugtechnik. Das dritte folgte Anfang März russische Vermögenswerte ein. Das vierte untersagte Mitte März Technologieexporte für den russischen Energiesektor. Das fünfte vom April verbot den Import von Kohle, Holz, Zement, Meeresfrüchten und Spirituosen. Das sechste von Anfang Juni brachte ein Öl-Einfuhrverbot. Das siebte vom Juli richtete sich gegen russisches Gold und weitere individuell sanktionierte Personen. Das achte vom Oktober führte eine Preisobergrenze für russisches Öl ein. Das neunte vom Dezember schließlich schränkte den Export von Drohnenmotoren ein.

Pakete 2023 Das zehnte vom Februar 2023 verschärfte die Meldepflicht für eingeführte Vermögenswerte. Das elfte vom April dieses Jahres sanktionierte dann Firmen in China, die die Sanktionen umgingen.



Gegenstand der Sanktionen: Russische Ölförderung im Ural. FOTO: DPA

wirtschaftsleistung stehen. Doch die andere Hälfte macht eben nicht mit. Was das bedeutet, lässt sich auch für die Handelsströme aus Deutschland ablesen. Wenn die Ausfuhr nach Kirgistan sich unmittelbar nach dem Beginn des Angriffskriegs und den ersten Sanktionspaketen versechsfachten, die Warenlieferungen sich auch 2023 nach Kasachstan, Armenien und Tadschikistan mehr als verdoppelten, dann lasse sich das nicht mit einem gesteigerten Bedarf der Nachbarn Russlands erklären, sondern dann weise das, „eindeutig auf ein Umschiffen der europäischen Sanktionen hin“, hält von Soest fest.

Das Einstimmigkeitsprinzip der EU, fehlende schlagkräftige Sanktionsbehörden und eine nachlassende Dynamik sind für den Forscher genauso zu berücksichtigen wie der Erfindungsreichtum des Sanktionierten beim Umgehen der Einschränkungen.

Das zwölfte EU-Sanktionspaket, über das nun beraten wird, zieht die Konsequenzen. Belgien hat den Widerstand gegen ein Verbot des Handels mit russischen Diamanten aufgegeben. Damit erreicht die EU bereits 1,5 Milliarden des insgesamt fünf Milliarden Euro umfassenden Pakets. Daneben richten sich die Strafmaßnahmen gegen die neue Geisterflotte russischer Öltanker, das Umladen auf offener See und die Aufdeckung versteckter Einnahmen oberhalb des Ölpreisdeckels. Auch Autogas (LPG) kommt auf die Liste der russischen Produkte, deren Einfuhr verboten wird.

Von Soest weist auf Schätzungen hin, nach denen Russland trotz der weitreichenden Sanktionen mithilfe der Türkei und anderer Länder hochwertige Technologien mit militärischem Nutzen im Umfang von einer Milliarde Dollar erhalten haben könnte. Allerdings machten sich die fehlenden Bauteile immer mehr bemerkbar. So werde der Lada inzwischen ohne Airbags, ABS und andere moderne Bestandteile ausgeliefert, weil die nicht mehr zur Verfügung stünden. Die Restriktionen schwächten Russlands Wirtschaft inzwischen enorm.

WISSENSDRANG

Wenige Wochen nach dem Massaker der Terrorgruppe Hamas an israelischen Zivilisten, das weltweit antisemitische Angriffe auslöste, hielt Vizekanzler Robert Habeck eine Rede. Sie fand nicht nur 42 Millionen Zuhörer, sondern auch breite Zustimmung – nicht nur beim linksgrünen Stammpublikum, sondern auch bei Konservativen. Selbst viele, die Israel für einen Kolonialstaat und die Hamas für eine Befreiungsbewegung halten, fühlten sich angesprochen und wurden nachdenklich. Als ich im Bekanntenkreis etwas überschwänglich meine Bewunderung für diese Leistung zum Ausdruck brachte, erntete ich Murren. Er habe doch gar nichts gesagt, was nicht selbstverständlich und allgemein bekannt sei, außerdem habe er

Die Kunst der Rhetorik

Wer Politik macht, muss reden können. Diese Gabe wird häufig unterschätzt.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

XYZ nicht erwähnt. Von diesem Heiligungsgesetz ganz zu schweigen... Das ist typisch für die Unterschätzung der Rhetorik in Deutschland – als sei es einfach, mit Worten etwas Komplexes für alle sichtbar zu machen. Dabei haben meine Gesprächspartner in den letzten Wochen die gleiche Erfahrung gemacht wie ich: Wer über die Situation in Gaza, die Lage der Palästinenser in der Westbank oder die Welle des Antisemitismus auch in westlichen Ländern spricht, wird der Komplexität der Situation nie gerecht und sieht sich fast zwangsläufig dem Vorwurf der Verharmlosung und Einseitigkeit ausgesetzt – denn auch das, worüber man nicht spricht, scheint allgegenwärtig zu sein. Deshalb vermeiden es viele, das Thema anzusprechen. Politiker beschrän-

ken sich möglichst auf Floskeln, die dann auch noch grauenvoll betont werden. In der griechischen Antike hingegen hätte man Habeck für seine Kunst des „Wahrsprechens“ (Aletheia) gefeiert. Darunter verstand man nicht in erster Linie eine Rede, die Lügen vermeidet, sondern eine anschauliche und präzise Rede, die weder mit überflüssigen Details verwirrt noch Wichtiges vergisst. Indem sie die Wirklichkeit auf den Punkt bringt, kann sie die Zuhörer unabhängig von ihren Vorurteilen verbinden. Eine Kunst, die wir dringend brauchen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.